Landtag
Nordrhein-Westfalen
16. Wahlperiode

Ausschussprotokoll
APr 16/150
31.01.2013

Innenausschuss

10. Sitzung (öffentlich)

31. Januar 2013

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:30 Uhr bis 13:00 Uhr

Vorsitz: Daniel Sieveke (CDU)

Protokoll: Heike Niemeyer

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung **5**

Zu TOP 5 „Pogromstimmung gegen Roma in Duisburg-Rheinhausen“ der Sitzung des Innenausschusses am 10 Januar 2013

1 Lehrgangssituation (Auskömmlichkeit der Lehrgangsplätze B III und F III) am Institut der Feuerwehr in Münster **6**

Bericht der Abteilungsleiterin Gefahrenabwehr des Ministeriums für Inneres und Kommunales

Bericht des stellv. Vorsitzenden des Verbandes der Feuerwehren NRW, Bernd Schneider

Bericht des Landesvorsitzenden der Arbeitsgemeinschaft der Leiter der Berufsfeuerwehren NRW, Ltd. Branddirektor Dipl.-Ing. Thomas Lembeck

Bericht von Dr. Hans Hagen für den Werkfeuerwehrverband NRW

Diskussion

2 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2013 (Haushaltsgesetz 2013) **18**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/1400

Vorlage 16/424, Vorlage 16/564, Vorlage 16/512 und Vorlage 16/581

Einzelplan 03 – Ministerium für Inneres und Kommunales

– abschließende Beratung und Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

Diskussion

Der Ausschuss billigt den Entwurf des Einzelplans 03 mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP bei Enthaltung der Piratenfraktion.

3 NRW für einen identitätsgerechten Umgang mit Migranten – Abschaffung der Optionspflicht **20**

Antrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/1899

Diskussion über die Zuständigkeit der einzelnen Ausschüsse für dieses Thema

4 Ist der Landesverband NRW der Partei „Die Rechte“ eine „Nachfolgeorganisation“ des verbotenen Nationalen Widerstandes? (TOP beantragt von der Piratenfraktion; s. Anlage) **21**

Vorlage 16/479

Diskussion

5 Nachfragen zum Einsatz von V-Leuten in Fangruppierungen in NRW nach Maßgabe des § 19 PolG (TOP beantragt von der Piratenfraktion; s. Anlage) **25**

Diskussion

6 Experten rügen „zu geringen Ermittlungsdruck“ bei Wohnungseinbrüchen in Nordrhein-Westfalen (TOP beantragt von der Fraktion der CDU; s. Anlage) **32**

Vorlage 16/525

Diskussion

7 Strukturen und Aktivitäten des rassistischen Geheimbundes Ku Klux Klan in Nordrhein-Westfalen (TOP beantragt von der Fraktion der CDU; s. Anlage) **34**

Vorlage 16/583

Diskussion

8 Verkehrsunfallbilanz 2012 und Umsetzung der Kampagne „Brems Dich – rette Leben!“ (TOP gewünscht vom Ministerium für Inneres und Kommunales; s. Anlage) **35**

Vorlage 16/591

Diskussion

9 Herforder Polizeichef billigt umstrittene Anweisung (TOP beantragt von der Fraktion der CDU; s. Anlage) **37**

Bericht des Abteilungsleiters Polizei des Ministeriums für Inneres und Kommunales

10 Verschiedenes **39**

(keine Diskussion)

* * *

2 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2013 (Haushaltsgesetz 2013)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/1400

Vorlage 16/424, Vorlage 16/564, Vorlage 16/512 und Vorlage 16/581

Einzelplan 03 – Ministerium für Inneres und Kommunales

– abschließende Beratung und Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

Theo Kruse (CDU) bezieht sich auf die in **Kap. 03 020** – **Allgemeine Bewilligungen -, Titelgruppe 83** – **Projekt Prävention Jugendkriminalität** – etatisierten 9 Millionen € und erkundigt sich nach dem auf Personalkosten entfallenden Teil bzw. wie viel Personal bei der Landespräventionsstelle beschäftigt werde.

Ferner ist der Abgeordnete an Überlegungen des MIK betreffend strukturelle Maßnahmen zur **Einnahmenverbesserung** interessiert.

Nach Auskunft von **MR Günter Mertens (MIK)** weist die oben genannte Titelgruppe 8,5 Millionen € aus, die restlichen 500.000 € fänden sich in Kap 03 010 – Ministerium -, und dort aufgeteilt in Personalausgaben von rund 400.000 € und Sachausgaben von um die 100.000 €.

StS Dr. Hans-Ulrich Krüger (MIK) bezeichnet den Entwurf des Einzelplans 03 als aus Sicht des Hauses ausgewogenen Vorschlag zu Ausgaben und Einnahmen. Einnahmeverbesserungsvorschläge von anderer Seite werde das MIK prüfen.

Marc Lürbke (FDP) ist irritiert ob des Fehlens jeglicher Auskunft zu den von Dr. Robert Orth in der letzten Sitzung gestellten Fragen insbesondere zu Positionen, bei denen er seit Jahren eine Anpassung der Ansätze an die Ist-Ausgaben vermisse.

MR Ursula Steinhauer (MIK) verweist auf die in den Vorlagen 16/581 und 16/512 aufgelisteten Antworten und ist der Meinung, alle anderen Fragen seien bereits in der letzten Sitzung direkt beantwortet worden.

Dazu gehörten die Auskünfte, dass sich der geplante Mittelabfluss nicht immer in der Realität widerspiegle und die Problematik von Mehr- und Minderausgaben in Haushalten immer wieder vorkomme.

Für **Hans-Willi Körfges (SPD)** gehört es zur Aufgabe eines Parlamentariers, sich in anderen Ländern kundig zu machen, beispielsweise über Wege zur Einnahmenverbesserung.

Ferner gibt der Abgeordnete zu erwägen, ob es nicht sinnvoll wäre, die Zahl von **1.400** pro Jahr einzustellenden **Polizeianwärterinnen und -anwärtern** zu erhöhen, um am Ende der Ausbildung auch tatsächlich über 1.400 neue Kräfte zu verfügen.

StS Dr. Hans-Ulrich Krüger (MIK) berichtet, von den 1.400 Kommissarsanwärtern und -anwärterinnen erreichten rund 77 das Ausbildungsziel nicht.

Frank Herrmann (PIRATEN) hält den aus dem Jahr 2012 lediglich überrollten Ansatz für **Ausgaben für die Betreuung von Bewohnern der Zentralen Unterbringungseinrichtungen** angesichts der Aussagen Minister Jägers, der von 1.900 pro Monat neu eintreffenden und zu betreuenden Personen spreche, für nicht ausreichend.

MR Ursula Steinhauer (MIK) erklärt dies mit dem Zeitpunkt der Haushaltsaufstellung. Damals sei man nach Schätzungen des BAMF noch von einer Steigerung von ungefähr 13 % ausgegangen. Später dann habe das BAMF seine Prognose auf 45 % erhöht. Nach den letzten Zahlen der eingetroffenen Flüchtlinge sage das BAMF nun eine Zunahme der Zahl der Flüchtlinge auf 9.000 pro Monat und damit eine Steigerung von rund 136 % vorher. In der Tat berühre dieser Bereich aber verschiedene Titel und nicht nur die bezogen auf die ZUEs. Insofern stimme das von Minister Jäger Vorgetragene.

MR Günter Mertens (MIK) ergänzt, die Kosten für die zum Betrieb der ZUEs gemieteten Häuser fänden sich ohnehin nicht im Asylkapitel, denn es handle sich um Liegenschaften der Bezirksregierungen, die die Bezirksregierung Arnsberg miete.

Der Ausschuss billigt den Entwurf des Einzelplans 03 mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP bei Enthaltung der Piratenfraktion.